

Andrássy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest

Brücke zwischen Mittel- & Osteuropa und Baden-Württemberg.
Die Anfangsjahre 2002-2005



Dieses Arbeitspapier basiert im Wesentlichen auf dem Abschlussbericht
der Universität Heidelberg für die Landesstiftung Baden-Württemberg:
„Aufbau der Andrássy Gyula Deutschsprachigen Universität Budapest 2002 – 2007“

Universität Heidelberg, Sven Matis, Dr. Andreas Weber



LANDESSTIFTUNG
Baden-Württemberg

Wir stiften Zukunft

Impressum

Andrássy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest

Brücke zwischen Mittel- & Osteuropa und Baden-Württemberg.
Die Anfangsjahre 2002-2005

Dieses Arbeitspapier basiert im Wesentlichen auf dem Abschlussbericht der Universität Heidelberg für die LANDESSTIFTUNG Baden-Württemberg gGmbH: „Aufbau der Andrássy Gyula Deutschsprachigen Universität Budapest 2002 – 2007“

Autoren:

Universität Heidelberg, Sven Matis, Dr. Andreas Weber

Herausgeberin:

LANDESSTIFTUNG Baden-Württemberg gGmbH
Im Kaisemer 1, 70191 Stuttgart

Verantwortlich:

Dr. Andreas Weber

Bildnachweis:

Alle Bilder – sofern die Quelle nicht genannt ist – gehören der LANDESSTIFTUNG Baden-Württemberg.

Gestaltung:

BPPA GmbH

© Februar 2008, Stuttgart

Arbeitspapier der LANDESSTIFTUNG Baden-Württemberg
Bildung, Nr. 6

Inhaltsverzeichnis

1.	Einführung.....	4
2.	Die Rolle der Landesstiftung Baden-Württemberg	6
3.	Das Engagement der Universität Heidelberg	8
4.	Meilensteine des Studiengangs „Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften“	9
5.	Eindrücke von Stipendiaten	12
6.	Perspektiven und Herausforderungen	13

1. Einführung

Internationalität im Studienalltag zeichnet die „Andrassy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest“ (AUB) aus. Die kleine, aber feine Universität im Herzen Budapests hat sich fünf Jahre nach Aufnahme des Lehrangebotes als lebendiges Europa-Projekt erwiesen. Dieses Arbeitspapier schildert die Entstehungsgeschichte der AUB aus der Perspektive der Landesstiftung Baden-Württemberg. Es fasst die wesentlichen Meilensteine zusammen und beleuchtet künftige Perspektiven der aufstrebenden Universität an der Donau.

Die AUB ist die erste deutschsprachige Universität außerhalb des deutschen Sprachraumes. Dennoch ist sie keine deutsche Universität. Eine ‚typische‘ ungarische Universität ist die AUB aber auch nicht. Woher rührt also ihre Besonderheit in der Hochschullandschaft und was macht sie so reizvoll für Baden-Württemberg?

Die Universität leistet einen wichtigen Beitrag zur Vermittlung der deutschen Sprache und Kultur in Mittel- und Osteuropa. Deutsch als Unterrichtssprache und Vorlesungen mit Seminaratmosphäre machen die AUB nicht nur für deutsche Akademiker sondern auch für junge Mittel- und Osteuropäer attraktiv.

Im Jahr 2002 gegründet, begleitet die AUB den europäischen Erweiterungsprozess. Ihr Ziel ist es, die Elite von morgen „Fit für Europa“ zu machen. Da es sich um ein multinationales Gemeinschaftsprojekt der Republik Ungarn, der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich, der Schweizerische Eidgenossenschaft, des Freistaats Bayern und des Landes Baden-Württemberg handelt, stammen auch die Professorinnen und Professoren aus diesen Gebieten.

Die AUB gliedert sich in drei Fakultäten:

- Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften
- Internationale Beziehungen (Diplomatie / Wirtschaft)
- Mitteleuropäische Studien



(Bild von Alexander Mingst)

Die Internationalität der Universität spiegelt sich auch in der Studierendenschaft wider. Mittlerweile begegnen sich an der AUB junge Akademiker aus über fünfzehn Nationen. Die Studierenden kommen etwa zur Hälfte aus Ungarn und zu 25 % aus den Gründerstaaten Deutschland, Österreich bzw. der Schweiz. Der Rest verteilt sich auf andere (Mittel-)Europäische Staaten.

Zu den einzigartigen Arbeitsbedingungen tragen die außergewöhnlichen Räumlichkeiten der Universität bei. Seit 1. September 2003 residiert die AUB in einem frisch renovierten Stadtpalais. Der 120 Jahre alte Festetics-Palais im Herzen Budapests bietet ein attraktives Umfeld, das immer wieder auch Austragungsort internationaler Konferenzen oder repräsentativer Feierlichkeiten ist.

Die Gründer haben sich bei der Namensfindung ganz bewusst entschieden. Mit dem Namen „*Andrassy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest*“ stellte man sich in historische Traditionslinien Mitteleuropas. Der als Namenspatron ausgewählte Graf Gyula Andrassy war aktiver Teilnehmer der Revolution von 1848/49, von 1867 bis 1871 ungarischer Ministerpräsident. Bis 1879 war er Außenminister der Donau-Monarchie. Andrassy war ein engagierter Befürworter des mit der Gründung der Doppelmonarchie verbundenen ungarisch-österreichischen Ausgleichs. Durch seine außerordentlichen Bemühungen um die enge Zusammenarbeit der mitteleuropäischen Staaten ist er in die Geschichtsbücher eingegangen.

Auch die Nennung der deutschen Sprache – beziehend auf ihren traditionell grenzüberschreitenden Charakter in Mittel- und Osteuropa – im Universitätsnamen Kennzeichen der AUB. Deutschsprachige Universitäten waren bis ins 20. Jahrhundert weit verbreitet in dieser Region. Die großen Verwerfungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bedeuteten auch auf diesem Gebiet einen tiefen, Jahrzehnte währenden Einschnitt. Erst in den 1980er Jahren knüpften Partnerschaftsbeziehungen über den Eisernen Vorhang hinweg an Traditionen auf Hochschulebene an. Aber eine Universität, an der auf Deutsch gelehrt wird, war damals undenkbar.

Das Ende des Kalten Krieges sowie die angestrebte europäische Integration Ungarns eröffneten neue Chancen zur Zusammenarbeit. Das Interesse an einem greifbaren Beispiel für die Kooperation auf Hochschulebene war – nicht nur – bei den Donauanrainern sehr groß.

Im Februar 2001 – also drei Jahre vor dem Beitritt Ungarns zur EU – beschlossen der ungarische Ministerpräsident, der österreichische Bundeskanzler sowie die Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern und des Landes Baden-Württemberg auf dem Ulmer Gipfel, die Gründung einer deutschsprachigen Universität zu unterstützen. Diese Universität sollte „die besten Hochschulabsolventen eines Jahres aus Ungarn, den deutschsprachigen Ländern und den Staaten Mittel- und Osteuropas“ zusammenführen; in Inhalt, Form und Methode solle sie „modern, zukunftsorientiert und wegweisend“ sein.

Als Träger fungierte die im gleichen Jahr von der Republik Ungarn gegründete „Öffentliche Stiftung für die Deutschsprachige Universität Budapest“. Im Juni 2001 erhielt die AUB durch das ungarische Parlament ihre staatliche Anerkennung. Sie ist somit eine ungarische Einrichtung, die von Österreich, der Schweiz, dem Freistaat Bayern, dem Land und der Landesstiftung Baden-Württemberg partnerschaftlich unterstützt wird.

Die Partner handeln im Bewusstsein, ein nicht unwesentliches Stück deutscher Außenpolitik zu betreiben. Deshalb begleitet die Bundesrepublik über zwei Dozenturen und über Stipendien des DAAD die Universität.

Bereits ein Jahr nach der staatlichen Anerkennung nahm die „Andrassy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest“ ihren Lehrbetrieb auf. Im September 2002 eröffnete der ungarische Staats-

präsidenten Ferenc Mádl in Anwesenheit des deutschen Bundespräsidenten Johannes Rau feierlich die Universität. Als Vertreter Baden-Württembergs wies Europaminister Christoph M. Palmer bei dieser Gelegenheit darauf hin, dass das Land die AUB von Beginn an mit Überzeugung und Engagement unterstützt habe. Deshalb, so Palmer weiter, fühle man sich als „Gratulant und als Beschenker“ zugleich.

Mittlerweile hat sich die AUB zu einem Zentrum für wissenschaftliche, politische und kulturelle Begegnungen von und mit europäischen Entscheidungsträgern entwickelt. Die Gästeliste verzeichnet bspw. Einträge des schweizerischen Bundespräsidenten, des österreichischen Bundespräsidenten sowie weiterer namhafter Politiker (u.a. Wolfgang Schäuble, Valéry Giscard-d'Estaing, Roland Koch, Willi Stächele, Dietrich Birk).

Bundeskanzlerin Angela Merkel stellte bei ihrem Besuch im August 2007 deshalb lobend fest, dass die AUB „beträchtliche internationale wissenschaftliche Anerkennung erworben hat.“

2. Die Rolle der Landesstiftung Baden-Württemberg

Unter dem Motto „Wir stiften Zukunft“ setzt sich die Landesstiftung Baden-Württemberg für ein lebendiges und lebenswertes Baden-Württemberg ein. Sie ebnet den Weg für Spitzenforschung, vielfältige Bildungsmaßnahmen und den verantwortungsbewussten Umgang mit unseren Mitmenschen. Die Landesstiftung ist eine der großen operativen Stiftungen in Deutschland. Das heißt, sie legt selbständig Themenlinien fest und schreibt Programme im eigenen Namen aus. Dadurch sollen Personengruppen angeregt werden, sich projektartig für ein bestimmtes Themenfeld zu begeistern. Über ein wettbewerbliches Verfahren wählt die Landesstiftung die innovativsten Anträge aus. Hierzu werden unabhängige, teilweise international besetzte Gutachtergremien beauftragt. Bei der Projektbegleitung steht die Stiftung mit renommierten Experten im engen Dialog.

Rund 50 Mio. Euro werden jährlich für gemeinnützige Projekte bereitgestellt. Etwa 70 % davon setzt die Landesstiftung für Forschung und Bildung ein. Damit trägt die Stiftung den Themen Rechnung, die für unsere Zukunft und Gesellschaft von herausragender Bedeutung sind.

Völkerverständigung und (individuelle) Internationalisierung sind zentrale Anliegen der Landesstiftung. Die AUB passt sich mit ihrem Konzept hier hervorragend ein. Studieninhalt, Qualität und Exzellenz – diese drei Kriterien waren es, die im November 2001 den Ausschlag für den Entschluss des Aufsichtsrates gaben, den Aufbau der Universität in Kooperation mit der Universität Heidelberg zu unterstützen. Durch das gemeinsame Engagement kann den besonderen Beziehungen Baden-Württembergs zum Donauraum sichtbar und wirkungsvoll Ausdruck verliehen werden.

Diese Zusammenarbeit soll auch dem steigenden Bedarf an international und interdisziplinär denkenden Nachwuchskräften Rechnung tragen. Gerade für das Wissenschaftsland Baden-

Württemberg ist es außerordentlich wichtig, Führungskräften die Möglichkeit zu schaffen, über den eigenen Tellerrand hinauszublicken. Kurzum: Durch ihre Anziehungskraft für talentierte Studierende aus Mittel- und Osteuropa leistet die AUB Unschätzbare für die deutsche Sprache und Kultur in dieser Region.

Der Aufsichtsrat der Landesstiftung hat für die AUB bisher insgesamt 3,65 Mio. € bereitgestellt – mit Ausnahme der Entwicklunghilfeprojekte handelt es sich bei der AUB um das einzige größere Engagement der Landesstiftung im Ausland. Rund 60 Nachwuchsführungskräfte wurden über das „Baden-Württemberg-STIPENDIUM“ bereits bei ihrem Studium in Budapest oder einer der Partneruniversitäten in Baden-Württemberg unterstützt.

Im Dezember 2005 hat der Aufsichtsrat der Landesstiftung grünes Licht gegeben, die Zusammenarbeit fortzuführen. Er sah dies als „Entscheidung über den Studiengang [und] die Entwicklung der Universität als Ganzes“. Die Zusammenarbeit zwischen der Universität Heidelberg und der Landesstiftung wurde im Sommer 2007 bis 2012 verlängert und vertraglich besiegelt.

Das Engagement der Landesstiftung beruht auf zwei Säulen:

- 1) Die erste Säule ist für die Entwicklung der Universität und ihres Profils von entscheidender Bedeutung. Die Landesstiftung verantwortet in enger Kooperation mit dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg (MWK) und der Universität Heidelberg den Studiengang „Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaft“ an der rechtswissenschaftlichen Fakultät. Das MWK ist durch den früheren Minister Klaus von Trotha im Kuratorium der Universität vertreten und kümmert sich um die Begleitung des gesamtuniversitären Prozesses. Die Universität Heidelberg ist Projektträgerin der Landesstiftung.
- 2) Die gezielte Unterstützung von Studierenden durch die Vergabe von „Baden-Württemberg-Stipendien“ ist die zweite Säule. Mit dem Programm „Baden-Württemberg-STIPENDIUM“ fördert die Landesstiftung seit 2001 den internationalen Austausch qualifizierter Studierender, Jugendlicher und junger Berufstätiger. Das „Baden-Württemberg-STIPENDIUM“ ist zu einem internationalen Markenzeichen der Stiftung geworden. Dieses Stipendienprogramm trägt dazu bei, dass viele junge Menschen (schon mehr 8000 Stipendiaten) den Namen „Baden-Württemberg“ mit positiven Erfahrungen und Erinnerungen verbinden.

Der Studiengang „Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaft“ hat sich – wie auch alle anderen Studiengänge – nach Aufnahme des Lehrbetriebs erfolgreich um eine zusätzliche Akkreditierung durch eine unabhängige internationale Akkreditierungsagentur (ACQUIN) bemüht.

3. Das Engagement der Universität Heidelberg

Die Universität Heidelberg und die AUB haben im Mai 2002 erstmals eine Kooperationsvereinbarung geschlossen. Seitdem zeichnet die Ruperto-Carola verantwortlich für die akademische Qualität des Studiengangs „Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften“.

Dieser Studiengang richtet sich an examinierte Juristen aus Ungarn, Deutschland und (Mittel-) Europa. Sie sollen in der Pflege kontinentaleuropäischen und internationalen Rechtsdenkens sowie in der Vertiefung des europäischen Gemeinschaftsrechts zusammengeführt werden. Die Studierenden werden so zu Experten für internationale, von der Europäisierung des Rechts geprägte Zusammenhänge.

Der Studiengang ist für 25 Studierende pro Jahrgang ausgerichtet. Die Bewerberauswahl erfolgt in einem zweistufigen Verfahren, wobei die Aufnahmeentscheidungen erst nach einem längeren persönlichen Aufnahmegespräch mit den Professoren getroffen wird. Die Studiengebühren betragen pro Semester 165.000 HUF, dies entspricht ca. 660 €.

Der Studiengang besteht aus sieben Themenbereichen:

- Europarecht
- Vergleichendes Privat- und Gesellschaftsrecht
- Vergleichendes Staats- und Verfassungsrecht
- Völkerrecht
- Vergleichendes Zivilverfahrensrecht
- Europäisches Finanz- und Steuerrecht
- Politikwissenschaft

Besonderes Augenmerk gilt einem interdisziplinären und auf Europa ausgerichteten Studienangebot, das Theorie und Praxis zeitgemäß verbindet. Dabei ist Qualität auf Heidelberger Niveau garantiert. Regelmäßige Exkursionen zu internationalen Organisationen und Institutionen runden das Programm ab.

Die AUB und die Universität Heidelberg vertieften ihre Zusammenarbeit durch eine Partnerschaftsvereinbarung der Fakultäten (Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaft und Juristische Fakultät der Universität Heidelberg). Darin wird insbesondere der Zugang der (ausländischen) Absolventen der Andrassy-Universität zum juristischen Promotionsstudium in Heidelberg geregelt.

Für den personellen Aufbau des Studiengangs konnten 2002 zwei qualifizierte Hochschullehrer aus Heidelberg gewonnen werden. Im darauf folgenden Jahr erhielten die beiden Privatdozenten Ulrich Hufeld und Christian Schubel vom ungarischen Staatspräsidenten Ferenc Mádl ihre Ernennung als ordentliche Universitätsprofessoren. Die beiden Professoren haben vor Ort den Studiengang auf den Weg gebracht und aufgebaut.

Gegenwärtig wird die Durchführung von Lehrveranstaltungen durch die sechs Professorinnen und Professoren der Fakultät „Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften“ sowie durch renommierte Gastwissenschaftler aus Ungarn, Deutschland, Österreich und der Schweiz sicher gestellt. Es kennzeichnet das Heidelberger Engagement in Budapest, dass die entsandten Professoren auch im Rahmen der universitären Selbstverwaltung Verantwortung übernehmen. Neben der



Prof. Christian Schubel¹

Durchführung und der Abnahme von Prüfungen ist Prof. Ulrich Hufeld seit 2003 Dekan der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften; Prof. Christian Schubel wurde vom Senat der Andrassy-Universität am 13. Juni 2006 zum Prorektor gewählt. Im Sommer 2007 wurde er für eine zweite Amtszeit wiedergewählt. Im Wintersemester 2007/2008 nahm Prof. Schubel auf Bitten des Kuratoriums der Andrassy-Universität kommissarisch auch das Amt des Rektors wahr.

4. Meilensteine des Studiengangs „Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften“

Mit der Immatrikulation des zweiten Jahrgangs im September 2003 stieg die Zahl der Studierenden an der AUB auf 150. Das Lehrangebot im Bereich der „Vergleichenden Staats- und Rechtswissenschaften“ konnte weiter ausgebaut werden, nicht zuletzt durch Gastaufenthalte weiterer Heidelberger Professoren.

Der Studiengang wurde auch für Studierende aus Deutschland noch attraktiver gestaltet: Als Alternative zum Zweijahresprogramm wird seit dem Studienjahr 2004/2005 ein kompaktes Einjahresprogramm angeboten. Durch die inhaltliche Übereinstimmung der beiden Programme können die für den Abschlussgrad „LL.M.“ notwendigen 120 ECTS-Punkte sowohl in zwei Semestern (Vollzeitstudium) als auch in vier Semestern (Teilzeitstudium) erreicht werden.

Im Juni 2004 legten die ersten Absolventinnen und Absolventen des Studienganges „Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften“ ihre Abschlussprüfungen ab. Dies war zweifelsohne ein zentraler Meilenstein in der Erfolgsgeschichte der AUB. Im Rahmen der feierlichen Eröffnungsveranstaltung des Studienjahres 2004/2005 wurde den neun Absolventen am 13. September 2004 die Magisterurkunden (LL.M.) überreicht.

¹ <http://www.flickr.com/photos/andrassy/sets/72057594139611674/> (15.2.2008)



Urkundenverleihung an Absolventen mit
Prof. Ulrich Hufeld und
Rektor Prof. Miklós Kengyel

Im Oktober 2004 konnte das Graduiertenkolleg der AUB eröffnet werden. Das multidisziplinäre und internationale Graduiertenkolleg zur „Zukunft Mitteleuropas in der Europäischen Union“ bietet herausragenden Absolventen des LL.M.-Programms die Möglichkeit, ihre Qualifizierung in einem strukturierten Promotionsprogramm fortzusetzen. Es bildete die Basis für den Aufbau der so genannten „Doktorschule“ der AUB. An der rechtswissenschaftlichen Abteilung des von der Robert Bosch Stiftung GmbH finanzierten Graduiertenkollegs waren zwei polnische Doktorandinnen die ersten Teilnehmerinnen. Sie hatten zuvor ein Magisterstudium in Heidelberg absolviert bzw. die Schule des Deutschen Rechts in Krakau besucht. Im September 2005 wurden zudem zwei rumänische, eine polnische und eine türkische Doktorandin sowie deutscher und ein ungarischer Doktorand aufgenommen.

Im Jahr 2005 absolvierten nahezu doppelt so viele Studierende erfolgreich den juristischen Studiengang als im Vorjahr. Der im September 2005 immatrikulierte Jahrgang, dem erstmals auch Studierende aus Österreich, der Schweiz und Kroatien angehören, erwies sich als besonders qualifiziert. So wurde eine Vielzahl der Studierenden durch wettbewerblich vergebene Stipendien gefördert. Zudem absolvierten fünf ungarische Studentinnen den LL.M.-Studiengang an der AUB als Ergänzung ihres PhD-Studiums an einer anderen Budapester Universität.

Im gleichen Jahr wurde der Studiengang zusätzlich akkreditiert. In dem Abschlussbericht betonte die Akkreditierungsagentur ACQUIN, der Studiengang stelle „sowohl in seiner spezifischen Konzeption als auch in der konkreten Ausfüllung (...) bis hin zu den didaktischen Prinzipien der Lehrenden und ihrem persönlichen Engagement ein rundheraus positiv zu bewertendes Angebot und eine wichtige, eigenständige und konkurrenzfähige Alternative zu anderen Studiengängen im vergleichbaren Rahmen dar.“ Das Ergebnis war dementsprechend positiv: Der Studiengang erhielt von ACQUIN eine Akkreditierung bis September 2010. Die ungarische Akkreditierungsagentur „Magyar Akkreditációs Bizottság (MAB)“ schloss sich der Bewertung an. Sie akkreditierte die Andrassy-Universität einschließlich ihrer Studiengänge bis Juni 2011.

Diese Bewertung war für die Beteiligten mehr als nur Bestätigung für das Geleistete. Es war ein Motivationsschub, weiter daran zu arbeiten, die AUB zu einem „Juwel der Bildungslandschaft“ (Prof. Ulrich Hufeld) zu machen.

Darüber hinaus konnte die Zukunft des internationalen Graduiertenkollegs gesichert werden. Im Juli 2006 wurde die interdisziplinäre Doktorschule mit den drei Teilprogrammen „Politikwissenschaft“, „Geschichte“ und „Rechtswissenschaft“ akkreditiert.

Die AUB wird jetzt mit dem verliehenen Promotions- und Habilitationsrecht ihren Gründungsanspruch als universitäre Einrichtung gerecht.

Die 25 Absolventen des dritten Jahrganges im Studiengang „Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften“ erhielten bei der Eröffnungsfeier des Universitätsjahres 2006 ihre Abschlussurkunden (LL.M.) Die Absolventenzahl erreichte erneut einen Höchstwert. Auch trafen mehr Bewerbungen ein als je zuvor: Im Frühjahr bzw. Sommer 2006 bewarben sich 50 Graduierte aus zehn Staaten um einen Studienplatz an der Fakultät für „Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften“; im Herbst konnten schließlich 26 Nachwuchsjuristen im Ein- bzw. im Zweijahresprogramm begrüßt werden.



Absolventin Tina Eichin mit
Dr. Andreas Weber (Leiter Bereich Bildung
der Landesstiftung Baden-Württemberg)

Die Bewerber- und Studierendenzahlen für das Studienjahr 2007/08 sind vielversprechend. Nach der Aufnahmeprüfung wurden 21 Studierende im Bereich „Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften“, 20 Studierende im Bereich „Internationale Beziehungen Wirtschaft“, 19 Studierende im Bereich „Internationale Beziehungen Diplomatie“ und 24 Studierende im Bereich „Mittleuropäische Studien“ zugelassen, insgesamt also 84 Studierende. Neun neue Doktoranden kommen hinzu.

5. Eindrücke von Stipendiaten

Der qualitative Erfolg einer Universität lässt sich insbesondere an den individuellen Erfahrungen der Studierenden festmachen. Die Eindrücke der „Baden-Württemberg-Stipendiaten“ sind durch die Bank weg positiv.

Tina Eichin, von der Universität Heidelberg kommend, resümiert nach ihrem Jahr in Budapest: „Es war eine unvergessliche Erfahrung in dieser tollen Stadt ein Jahr zu verbringen und ein abwechslungsreiches Studentenleben mit netten, interessanten Menschen aus vielen Ländern zu leben, mit denen man ein tolles Jahr an Erfahrungen teilen kann“.

Das Fazit von Marcell Baumann klingt ähnlich. Er spricht von „unvergessliche[n] zehn Monate[n], die mich nicht nur fachlich, sondern persönlich sehr bereichert haben. Abschließend möchte ich nur noch mit größtem Nachdruck die Andrassy-Universität für diejenigen empfehlen, die noch Lust haben, etwas hinzuzulernen und eine Alternative zu englischsprachigen LL.M- Programmen suchen.“



Baden-Württemberg-Stipendiat
Dirk Hochstein (privat)

Dirk Hochstein erlebte, wie er eindrücklich schildert, ein Jahr lang hautnah „große und kleine Politik“. Die Ausschreitungen im Vorfeld des 50. Jahrestags der Revolution von 1956, die spürbaren Auswirkungen auf das studentische Leben und persönliche Gestaltungsmöglichkeiten über universitäre Gremien bleiben ihm besonders stark in Erinnerung. Seine Empfehlung lautet daher, „sich dieses faszinierende Land und seine Leute einmal näher anzuschauen [...] Das Land und auch die Universität entwickeln sich immer weiter und man sollte die Chance nutzen, diese Entwicklung hautnah mitzuerleben.“

Zur Vernetzung der Baden-Württemberg-Stipendiaten in Budapest trägt das „Regional Chapter der Baden-Württemberg-Stipendiaten und Alumni“ bei, das von Daniel Soudry aufgebaut wurde. Derzeit sind rund 20 Stipendiaten Ansprechpartner für Neuankömmlinge und organisieren Besuche bei Institutionen und Unternehmen. An den gemeinsamen Stammtischabenden nehmen auch Alumni gerne teil, die jetzt ein Referendariat ableisten, ihre Doktorarbeit schreiben oder an namhaften europäischen Institutionen tätig sind.

6. Perspektiven und Herausforderungen

Um nicht nur die Studierenden „Fit für Europa“ sondern auch die Universität selbst fit für die Zukunft zu machen, haben die Projektbeteiligten jetzt wichtige wissenschaftspolitische und strategische Herausforderungen zu meistern.

Die AUB muss sich in Zukunft dem Wettbewerb mit traditionellen Hochschulen stellen. Rein formal genießt sie in der ungarischen Hochschullandschaft keine wissenschaftspolitische Sonderstellung mehr. Nun ist die AUB gezwungen, sich in eine Reihe mit den großen Universitäten zu stellen – und mit ihnen messen zu lassen. Die Voraussetzungen dafür scheinen günstig. Die AUB lockt Studierende mit Standortvorteilen wie z.B. individuellen Lern- und Betreuungsmöglichkeiten, die sogenannte „Massenuniversitäten“ schon strukturell nicht bieten können.

Im Zuge des Bologna-Prozesses, mit dem Mobilität, internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Beschäftigungsfähigkeit gefördert werden sollen, muss die AUB weitere Anpassungen vornehmen. Hier geht es vor allem darum, die Interessen (künftiger) Studierender, die Vorzüge der Universität mit den geforderten Maßnahmen in Einklang zu bringen

Die auf allen Ebenen hervorragende Zusammenarbeit zwischen den Projektbeteiligten hat in der Vergangenheit oft zur Lösung schwierigster Problemkonstellationen beigetragen. Es herrscht Zuversicht, dass dies auch in Zukunft möglich sein wird.

Das Trio – bestehend aus der Landesstiftung Baden-Württemberg, dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg und der Universität Heidelberg – bündelt die baden-württembergischen Initiativen. Die Partner werden weiterhin an der erfolgversprechenden Brückenfunktion der Andrassy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest arbeiten.

Die Landesstiftung Baden-Württemberg setzt sich für ein lebendiges und lebenswertes Baden-Württemberg ein. Sie ebnet den Weg für Spitzenforschung, vielfältige Bildungsmaßnahmen und den verantwortungsbewussten Umgang mit unseren Mitmenschen. Die Landesstiftung ist eine der großen operativen Stiftungen in Deutschland. Sie ist die einzige, die ausschließlich und überparteilich in die Zukunft Baden-Württembergs investiert – und damit in die Zukunft seiner Bürgerinnen und Bürger.

LANDESSTIFTUNG
Baden-Württemberg gGmbH
Im Kaisemer 1
70191 Stuttgart
Telefon: +49(0)7 11.24 84 76 – 0
Telefax: +49(0)7 11.24 84 76 – 50
info@landesstiftung-bw.de
www.landesstiftung-bw.de



LANDESSTIFTUNG
Baden-Württemberg

Wir stiften Zukunft